SPD demokratischer pressediens

P. XXVI 103
2. Juni 1971

Das ist Falschmünzerei!

CDU/CSU und das Gutachten der Sachverständigen

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der sozialdemokratischen Bundes-
tagsfraktion.

Seite 1 / 46 Zeilen

Risiko des Mieters mindern!

Entsprechende Gesetzentwürfe liegen vor

Von Dr. Jürgen Schmade SPD-MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 2 / 36 Zeilen

Führungswechsel im Hamburger Rathaus

Zum Ausscheiden von Prof. Dr. Herbert
Weichmann

Von Paul O. Vogel
Leiter der Staatlichen Pressestelle Hamburg

Seite 3 bis 5 / 126 Zeilen

Bedürfnisse setzen Prioritäten

Hessen sichert Investitionen für die Zukunft
seiner Bürger

Seite 6 / 46 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 8-10
Postfach: 9169
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 97-38
Telefax: 888 846/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnler Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Das ist Falschmünzerei!

CDU/CSU und das Gutachten der Sachverständigen

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU hat befunden, daß der Sachverständigenrat über die Konjunkturpolitik der Bundesregierung ein vernichtendes Urteil gefällt habe. Es fällt schwer, ein Wort zu finden, das diese Meinungsäußerung qualifiziert. Der Sachverständigenrat hat der Bundesregierung sicher nicht nur Freundlichkeiten gesagt. Er hat allerdings nicht gemeint, die Bundesregierung befinde sich auf dem falschen Wege. Sondern er hat zum Ausdruck gebracht, die Bundesregierung gehe auf dem richtigen Wege nicht weit genug. Er hat nicht etwa die Freigabe der Wechselkurse kritisiert, sondern davor gewarnt, am Ende der Freigabe-Periode zum alten Wechselkurs zurückzukehren. Er hat darüber hinaus "eine trendmässige Höherbewertung der DM mit einer Jahresrate von etwa 3 v.H." empfohlen (Ziff. 44).

Sofern die CDU/CSU überhaupt etwas sagt, ist sie gegen jede Höherbewertung der DM. Das ist nicht neu. Sie war es schon im Frühjahr und im Sommer 1969. Die Weigerung des damaligen Finanzministers Strauß, die DM aufzuwerten, hat der Entwicklung eine Richtung gegeben, mit der wir uns noch heute herumschlagen haben.

Die Kritik der CDU/CSU und die Meinung des Sachverständigenrates differieren also in dem einen Punkte, daß der Sachverständigenrat in der eingeschlagenen, von ihm für richtig gehaltenen Richtung weiter gehen will, während die CDU/CSU die ganze Richtung für falsch hält. Wie aber müsste das Urteil des Sachverständigenrates dann über die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU ausfallen, wenn er darüber ein Urteil abzugeben genötigt wäre? Nicht "vernichtend" sondern "zerschmetternd"! Und Hauptpunkt einer solchen Kritik hätte denn wohl zu sein, daß die CDU/CSU der wirtschaftspolitischen Entwicklung ganz im Sinne des Laissez-faire völlig tatenlos zusehen würde. Ein anderer Schluß ist nicht erlaubt, denn was eine Opposition tun würde, wenn sie an der Regierung wäre, ergibt sich aus den Vorschlägen, die sie als Opposition macht. Und welche Vorschläge hat sie gemacht? Keine!

Die Bundesregierung bemüht sich, zu mehr Preisstabilität zu kommen, und dabei ein Risiko für die Arbeitsplätze zu vermeiden, wobei hinzuzufügen ist, daß letzteres nicht ohne Mitwirkung beider Tarifpartner möglich ist. Daß sie dabei ihre Verantwortung für die Vollbeschäftigung stärker fühlt als ein unabhängiges Sachverständigengremium dies verständlicherweise vermag, ergibt sich aus der Unterschiedlichkeit der Positionen und zeichnet die Bundesregierung aus.

Wer - wie die CDU/CSU - daraus ein "vernichtendes Urteil" ableitet, wohl wissend, wie dieses Urteil über die eigene Position, nämlich die absolute Untätigkeit, ausfallen würde, wer also der Öffentlichkeit zu suggerieren versucht, die Sachverständigen hätten stützt die Kritik der Opposition, der betreibt, schlicht gesagt, politische Falschmünzerei.

(-WJ/2.6.1971/ks)

Risiko des Mieters mindern!

Entsprechende Gesetzentwürfe liegen vor

Von Er. Jürgen Schmude SPD-MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Der von der Bundesregierung Ende 1970 vorgelegte Gesetzentwurf zur Verbesserung des Mietrechts hat gute Aussichten, noch vor der Sommerpause vom Bundestag beschlossen zu werden. Das ist nach dem gegenwärtigen Stand der Vorberatungen zu erwarten, die unter anderem der erneuten eingehenden Prüfung der Frage dienen, wie dem Vermieter erforderlichenfalls eine angemessene Mieterhöhung ermöglicht werden kann.

Schwierigkeiten bereitet dabei vor allem die Normierung eines Bemessungsverfahrens, das einerseits die zuverlässige Ermittlung der noch angemessenen Mieterhöhung gewährleistet, andererseits aber einfach genug ist, um praktikabel zu bleiben. Mit der Bemessung nach einem Mietzins, der für vergleichbaren Wohnraum gezahlt wird, dürfte ein solches Verfahren gefunden sein.

Daneben ist seit einigen Wochen eine weitere Verbesserung der Position des Mieters im Gespräch. Die bisherigen Überlegungen gingen davon aus, daß der Vermieter zur Erlangung einer angemessenen Mieterhöhung das Recht zur Kündigung des Mietverhältnisses haben sollte. Lehnt bei einer solchen Regelung der Mieter den Erhöhungswunsch ab, weil er ihn für unangemessen hält, so riskiert er den Verlust der Wohnung; erweist sich nämlich die Erhöhung im Prozeß doch als angemessen, so ist die Kündigung des ganzen Mietverhältnisses wirksam.

Solche Aussichten würden das Risiko einer Weigerung des Mieters gegen die Mieterhöhung unerträglich erhöhen. Deshalb muß der eventuelle Streit um die Miethöhe verselbständigt werden. Das Streben nach einer angemessenen Erhöhung des Mietzinses darf kein Kündigungsgrund sein, sondern muß in einem besonderen Verfahren verfolgt werden, dessen Gegenstand allein der Erhöhungsanspruch ist. Hier kann es der Mieter auch einmal auf die gerichtliche Auseinandersetzung ankommen lassen; nicht zur Räumung der Wohnung wird er im Unterliegensfalle verurteilt, sondern zur Einwilligung in die Mieterhöhung. Das Risiko des Mieters bleibt dabei also begrenzt.

Entsprechende Gesetzesvorschläge liegen inzwischen formuliert vor. Vieles spricht dafür, daß sie im Verlauf der weiteren Beratungen verwirklicht werden. (-/wr/2.6.1971/bgy)

+ + +

Führungswechsel im Hamburger Rathaus

Zum Ausscheiden von Prof. Dr. Herbert Weichmann

Von Paul O. Vogel

Leiter der Staatlichen Pressestelle Hamburg

Am 9. Juni wird Professor Dr. Herbert Weichmann sein Amt in die Hände seines designierten Nachfolgers, des Zweiten Bürgermeisters und derzeitigen Schulsenators Peter Schulz, legen.

Eine Wende ist das sicher nicht; schon das Kollegialprinzip, unter das die Hamburger Verfassung den Senat stellt, ferner die Kontinuität der Personen in diesem Senat, die Verpflichtung, das Regierungsprogramm von 1970 zu erfüllen, und die verschiedenen Sachwänge verhindern, daß aus dem Wechsel ein Bruch in der Regierungstätigkeit wird.

Aber es zeichnet sich mit diesem Wechsel doch ein deutlicher Einschnitt in die Führung der Hamburger Regierungsgeschäfte ab. Das kann schon von der Person Herbert Weichmanns her gar nicht anders sein. Man vergegenwärtige sich seine Persönlichkeit, seinen Lebensweg, seine Erfahrungen, um sich klar zu machen, daß dieser Mann - vielfältig ergänzt durch seine in ihrer Art auch unverwechselbare Lebensgefährtin, die Politikerin, Bürgerschaftsabgeordnete und promovierte Volkswirtschaftlerin Dr. Elisabeth Weichmann - mit herkömmlichen Maßstäben nicht zu messen ist und seinerseits ganz eigene Maßstäbe gesetzt hat.

Herbert Weichmann hat dem Amt des Hamburger Bürgermeisters einen unverkennbaren Stempel aufgedrückt, und zwar durch seine Persönlichkeit wie durch seinen Stil und seine Leistungen. Dem Eindruck dieses Mannes hat sich schon in den ersten Augenblicken einer Begegnung niemand entziehen können - nicht der Stärke und Willenskraft, die von ihm ausgehen, nicht seinem umfassenden Wissen, seiner weitgespannten Bildung, auch nicht dem Charme, zu dem er vor allem im Umgang mit dem einfachen Manne durchaus fähig ist, wenn er Kontakt gefunden hat.

Jeder, der ihn erlebt hat, muß gespürt haben, daß sich Herbert Weichmann nicht einfach einordnen ließ und auch kein Alltagspoli-

tiker war; schon sein Lebensweg stand dagegen. Dieser ungewöhnliche Lebensweg erklärt aber auch, woher die große Wirkung stammt, die Herbert Weichmann vor allem auf seinen Auslandsreisen für Hamburg und für Deutschland erzeugt hat: Aus ihm sprach eben das andere Deutschland, dessen Ansehen so sehr verdunkelt worden ist.

Man kann allenfalls ahnen, was er mit seinem ganz besonderen Schicksal für die Bundesrepublik bedeutet und bewirkt hat, man kommt dieser Wirkung nahe, wenn man Herbert Weichmann auf einem Empfang für jüdische Amerikaner, im Gespräch mit Osloer Bürgern, bei einer Konferenz mit dem Leningrader Stadtrat oder in der Diskussion mit Sambias Staatspräsidenten Kaunda erlebt hat.

Dieser Hamburger Bürgermeister verkörpert in seinem Schicksal und in seiner Person jenes Stück Deutschland, das viel zu selten in das Bewußtsein derer gerückt wird, die uns entweder aus der NS-Zeit oder vornehmlich mit dem Auftrags- oder Scheckbuch in der Hand kennengelernt haben.

Nicht minder vielschichtig wie die Wirkung nach draußen, war und ist Weichmanns Wirkung nach innen. Er hat in Hamburg Maßstäbe für das Regieren und Verwalten gesetzt, die noch lang spürbar bleiben werden. In den schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um die Finanzreform war er der ungewählte, aber unbestrittene Sprecher der Länderschefs, wie er ganz allgemein auf der Bundesebene besonderes Gewicht in Fragen von Haushalt, Finanzen und Verwaltung gewonnen hat. Und immer hat er in äußerst wirksamer Weise das Ansehen, die Wirkung von Hamburg gefestigt und erhöht.

Er war als Bürgermeister, zusammen mit seiner Frau, ein hervorragender Botschafter und Salesman für Hamburg. Er hat sich diese Stadt, die für ihn erst relativ spät Heimat wurde, zur Lebensaufgabe gemacht, ob es um die Erhaltung der Freihafenrechte gegenüber der EWG, die Absicherung von Handelsinteressen in Afrika oder den "Verkauf" der Staatsober in Nordamerika ging.

Die Erhaltung und Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses der Teile unseres Bundesstaates zueinander, die Verteidigung und Stärkung des politischen Wechselspiels in der Demokratie, die Stärkung des sozialen Rechtsstaates waren und sind die Grundmotive der Arbeit dieses Mannes, der seine Zielsetzung bei aller Unabhängigkeit zugleich in großer Loyalität an den Prinzipien der Sozialdemokratischen Partei orientiert hat, deren Mitglied er vor 50 Jahren geworden ist.

Er hinterläßt seinem Nachfolger ein solide geführtes Amt,

eine gesunde Stadt, wenngleich diese Stadt - wo gäbe es das aber heute überhaupt! - nicht ohne Probleme und Sorgen ist. Sein Nachfolger Peter Schulz ist in diesen Problemen zuhause. Wer ihn kennt, ist überzeugt davon, daß ins Rathaus ein fähiger und erprobter Mann einzieht - am Tage danach, wenn Herbert Weichmann sich verabschiedet hat.

Peter Schulz hat seine politischen Erfahrungen vor allem in den Jahren des Zusammenbruchs 1945 und danach in der so überaus lehrreichen Phase der kommunistischen Durchdringung und Eroberung von Staat und Gesellschaft in Rostock und dann, nach der Flucht, in der Periode des Aufbaues, aber auch mancher Restaurationerscheinungen in der Bundesrepublik gesammelt. Er hat in nur sechs Jahren einen erstaunlichen, geradlinigen Weg vom fast unbekanntem Anwalt in Hamburg zum Anwärter auf das höchste Amt im Stadtstaat durchlaufen: Ausgezeichnet durch große Willenskraft, einen schnell und präzise arbeitenden Verstand, viel Geschick im Umgang mit Menschen und politischer Taktik und bemerkenswertes Organisationsvermögen.

Das alles sind Eigenschaften, die ein Mann durchaus benötigt, der die Geschicke des Stadtstaates im achten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts zu leiten hat, in einer Periode also, die von Herausforderungen vielfältiger Reformbedürfnisse in Staat und Gesellschaft geprägt ist. Die Stichworte dafür lauten: Bildungsreform mit allen damit verbundenen Lasten und der Notwendigkeit, sie politisch zu begründen; Länderneuordnung; eine zunehmende Herrschaft der knappen Kassen; immer mehr Freizeit; Personalmangel in allen Zweigen der Verwaltung, dazu ständig wachsende Staatsaufgaben.

Das Regieren wird schwieriger! Mit den Erfahrungen von vorgestern und gestern sind viele Probleme von heute, gar von morgen kaum noch zu lösen. Zu den alten, unveränderten Prioritäten in der Politik der Hansestadt - gesichertes Wachstum der Wirtschaft, Wohnungsbau, Aufbau der sozialen Leistungen - sind neue Prioritäten vor allem auf dem Gebiet der Bildung und der Stadtentwicklung getreten. Ganz sicher gehört zur Lösung dieser Aufgaben auch ein neuer Stil des Regierens. Peter Schulz bringt gute Ansätze dafür mit: Vorliebe für das Teamwork, Geduld für das Anhören von Meinungen, scharfe Logik im Argument, Beschlußfassung durch Diskussion und Abstimmung sind schon heute deutlich erkennbare Elemente seines Führungsstils.

Es wird sich manches im Rathaus verändern. Das darf niemanden überraschen; ein heute Vierzigjähriger hat einen anderen Stil, führt eine andere Sprache, setzt sich andere Ziele als ein Mann, der 1914 schon erwachsen war.

So ist es also richtig, daß Hamburg vor einem Wachwechsel steht. Aber diese Veränderung signalisiert keine Wende, denn Hamburg, diese alte, in allen Wechselfällen der Jahrhunderte immer wieder kraftvoll-junge Stadt, besitzt ihre eigene Dynamik und Kontinuität, der ein neuer Mann dann neue Richtungen zu weisen vermag, wenn er sich ihr zugleich einfügt. Peter Schulz haben alle, die ihn kennen, gerade diese Fähigkeiten zugesprochen. So vollzieht sich also von Herbert Weichmann zu Peter Schulz ein geradliniger und logischer Schritt.

(-/wr/2.6.1971/bgy)

Bedürfnisse setzen Prioritäten

Hessen sichert Investitionen für die Zukunft seiner Bürger

Wer verantwortungsbewußt an die Zukunft denkt, muß rechtzeitig investieren, um die Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die schon heute notwendig und morgen unentbehrlich sind, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes und den Lebensstandard seiner Bürger zu sichern und zu steigern. Dieses hohe Ziel liegt dem Landesentwicklungsprogramm "Hessen 80" zugrunde, das mit seinen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen auch im neuen Haushaltsplan des Landes Hessen verankert ist.

Der neue Landesetat, der Anfang Juni in abschließender dritter Lesung vom hessischen Landtag beraten wird, ist wiederum ein Doppeltat, der für 1971 Ausgaben des Landes in einer Höhe von 7.991 Millionen Mark und für 1972 in Höhe von 8.634 Millionen Mark vorsieht. Diese hohen Ausgaben entsprechen den großen Aufgaben, die ein Staat heute als modernes Dienstleistungsunternehmen für den einzelnen Bürger und die Gesellschaft insgesamt zu erbringen hat.

Die wachsenden und durchaus berechtigten Wünsche und Forderungen des Bürgers auf vermehrte und verbesserte Dienstleistungen des Staates bedeuten aber für den Staat auch erhöhte Personalkosten. Bis 1972 werden die Personalkosten etwa zwei Fünftel der Landesausgaben in Hessen beanspruchen. Es wird also zwangsläufig immer schwieriger, im Rahmen eines Haushalts noch genügend freie Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

"Der hessischen Landesregierung ist es mit der Vorlage des Doppelhaushalts gelungen, die für die Zukunft des Landes wichtigen Investitionen zu sichern", erklärte Hessens Finanzminister Rudi Arndt, der zugleich darauf hinwies, daß dies nur möglich war, weil die Landesregierung bei den laufenden Ausgaben einen sehr strengen Maßstab angelegt hat.

Durch dieses strikte Sparsamkeitsprinzip und die Beachtung der von den echten Bedürfnissen gesetzten Prioritäten konnten für die zukunftsichernden Investitionen im Rahmen des Landesentwicklungsplanes im Doppeltat für 1971 rund 1.271 Millionen Mark und für 1972 rund 1.306 Millionen Mark eingeplant werden. Das ergibt zusammen mit den 1970 für die Projekte von "Hessen 80" bereitgestellten 1.280 Millionen Mark für drei Jahre ein Gesamtvolumen von 3.857 Millionen Mark.

Dieses Gesamtvolumen liegt um 563 Millionen Mark, das sind 17,1 v.H., über dem Betrag, der in den drei Jahren hätte aufgewandt werden müssen. Damit wird bewiesen, daß Hessen in Bezug auf den Landesentwicklungsplan sogar mit 563 Millionen Mark im Vorsprung ist. Hinter diesem Zahlenspiegel verbirgt sich in der Tat nichts anderes als der erfreuliche Umstand, daß es dem Land Hessen durch eine sparsame und verantwortungsbewußte Haushaltspolitik gelungen ist, bei den zukunftsichernden Investitionen zum Wohle der Gesellschaft manchen Wünschen noch einen Schritt voraus zu sein.

(HD/wr/2.6.1971/ks)